Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rats der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1580 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 204. Donnerstag, 2. September 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verspätet, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das spanische Fragezeichen.

Die Unterkommission des Völkerbundes hat den Vorschlag des Subkomitees über die Wiederwahl der nichtständigen Mitglieder des Rates angenommen. Mit einer Stimmenthaltung, der Spaniens. Somit brachte immerhin der Vertreter Madrids in der Kommission zum Ausdruck, daß er zum mindesten ein gewisses Interesse an einem nichtständigen Sitz hat. Es wäre allerdings verfehlt, aus dieser Stimmenthaltung Spaniens Folgerungen zu schließen, die für eine günstige Entwicklung der ganzen Ratsangelegenheit plädieren. Nur die Aussprache über die Wiederwahl der nichtständigen Sitze hat eine gewisse Erledigung gefunden. Das Problem der ständigen Ratssitze bleibt von ihr unberührt. Und da sich schließlich alles um einen ständigen Ratssitz dreht, so wird man erst die nächsten Tage abzuwarten haben, ob die Mitglieder der Unterkommission gesonnen sind, auch hier die Einigungsbereitschaft zu zeigen, die in der Frage der nichtständigen Sitze aufgebracht werden konnte.

Im Grunde genommen sind bis jetzt nur einige rein formelle Punkte geklärt worden. Insofern ist allerdings eine Erleichterung der Lage eingetreten, als Polen nach vielem wenn und aber jetzt bereit zu sein scheint, sich mit einem nichtständigen Sitz unter Garantien der Wiederwählbarkeit zufrieden zu geben. Aber wie sieht es mit der Haltung aus, die Spanien einzunehmen gedenkt? Lord Cecil und besonders Scialoja haben in der letzten Sitzung der Unterkommission recht warme Worte gefunden, die es Spanien erleichtern könnten, eine gewisse Nachgiebigkeit zu zeigen. Ob es die Hand, die man ihm reicht, ergreifen wird? Die unbewegte Miene, mit der Madrids Delegierter, Palacio, die Freundschaftsbeteuerungen entgegennahm, ließ nichts erkennen. So hängt über der Freude in Genf noch immer das spanische Damoklesschwert. Wird es niedersausen und all' das bisher Geschaffene wieder in Brüche schlagen?

Aus den vielen Pressefanfaren Spaniens und den zahlreichen Aeußerungen Madrider Staatslenker läßt sich immer mehr die Ueberzeugung gewinnen, daß es Spanien mehr auf die ihm günstige Lösung des Tangerprojektes ankommt, als auf die Gewährung des von ihm geforderten ständigen Ratssitzes. Denn sollte der spanischen Regierung die Wiederwählbarkeit seines nichtständigen Mitgliedes im Rat garantiert werden, dann hat sie sachlich ihren ständigen Ratssitz gewonnen. Allerdings unter einer anderen Formulierung, die aber inhaltlich den Voraussetzungen eines ständigen Ratssitzes entspricht. Käme nun zu diesem immerhin greifbaren Erfolg noch die Erfüllung ihrer Tangerforderung, so hätte die spanische Regierung in diesen Tagen in Genf einen Sieg errungen, mit dem sie höchst zufrieden sein könnte. Es ist nicht anzunehmen, daß Spanien sich so leichten Kaufes die Früchte dieses Sieges, die schon so greifbar tief hängen, fortnehmen lassen wird. Verfolgt man die spanische Presse, so ersieht man die Leidenschaftlichkeit, mit der die Sache verfochten wird. Eine Leidenschaftlichkeit, die es sogar vermochte, die Schwierigkeiten, die sich Primo de Rivera in den Weg stellten, in den Hintergrund treten zu lassen. Man darf bei der Beurteilung der Sachlage nicht vergessen, daß die spanische Presse in den letzten Wochen Tag für Tag ihren Lesern die Notwendigkeit der Einverleibung Tangers in die spanische Zone ins Herz hämmerte. Daß sie im spanischen Volk eine Stimmung und eine Gärung geschaffen hat, die nicht mehr einzudämmen sind. Diese Stimmung im spanischen Volke ist zu einem Faktor geworden, mit der jetzt die Madrider Regierung zu rechnen hat. Denn sie weiß ganz genau, daß sie die Geister, die von ihr heraufbeschworen wurden, nicht mehr bannen kann, es sei denn, daß sie ihnen Genugtuung gäbe. Die wäre: Die Erfüllung des Tangertraums.

Nimmt man ferner zur Kenntnis, bis zu welchem Grade sich das spanisch-französische Freundschaftsverhältnis abgekühlt hat, bis zu welchen Gehässigkeiten und Verleumdungen gegeneinander sich die Presse beider Länder versteigt, dann kann man wohl annehmen, daß Madrid es diesmal hart auf hart ankommen lassen will. Man hört, daß der spanische Vertreter in Tanger wegen der bekannten Pressangriffe der „Depesche Marpcaine" die Ausweisung des französischen Administrators der Tangerzone gefordert hat, daß er der französischen Regierung die Zumutung stellt, dem französischen Gesandten in Tanger einen Verweis zu erteilen. Man versichert auch in durchaus ernsthaft zu nehmenden Kreisen, daß der italienische Generalkonsul in Tanger diese Forderungen des spanischen Gesandten unterstützt. Es ist wohl kein Fehlschluß, wenn man annimmt, daß der italienische Generalkonsul sich zu einer solchen Handlungsweise nicht entschließen würde, wenn er nicht von Mussolini Anweisung erhalten hätte. So erkennt man hinter den Kulissen von Genf doch recht sichtbar das wirksame und kräftige Handinhandarbeiten zwischen Madrid und Rom. Das gibt zu denken. — Die Hauptschlacht in Genf hat noch nicht begonnen. Auch der Aufmarsch der Gegner ist der Welt noch nicht sichtbar geworden. Man tut daher gut daran, nicht allzu überrascht zu sein, wenn der Hauptschlachttag in Genf — eine große Ueberraschung bescheren wird.

Länderkonferenz im Reichsinnenministerium.

* Berlin. Die Konferenz von Vertretern der Länderregierungen über eine Reihe von Gesetzentwürfen, die im Reichsministerium des Innern fertiggestellt worden sind, ist jetzt für die dritte Septemberwoche in Aussicht genommen.

Die Entscheidung der Studienkommission in Genf.

Keine Vermehrung der ständigen Ratssitze.

Stimmenthaltung Deutschlands.

Genf, 1. September. **Die Studienkommission hat in der Nachmittagssitzung ihre Arbeiten beendet. Es wurde beschlossen, von einer Vermehrung der ständigen Ratssitze abzusehen. Der deutsche Vertreter enthielt sich bei diesem Beschlusse der Stimme, ebenso der spanische Vertreter, der sich mit seiner Regierung noch in Verbindung setzen will, damit sie zu der in der heutigen Nachmittagssitzung zum Ausdruck gekommenen Auffassung der einzelnen Kommissionsmitglieder Stellung nehmen kann. Bei der Einheitlichkeit der Auffassungen erübrigte sich eine Abstimmung.**

Botschafter v. Hoesch

gab, nachdem der spanische Vertreter nochmals kurz auf den spanischen Anspruch auf einen ständigen Ratssitz hingewiesen hatte, folgende Erklärung ab:

„Im Namen meiner Regierung lege ich Wert darauf, den besonderen Wunsch zum Ausdruck zu bringen, daß die wertvolle Mitarbeit Spaniens, mit dem mein Land durch glückliche Bande der Freundschaft verbunden ist, dem Völkerbunde auch weiterhin erhalten bleibe. Ich möchte dieser Hoffnung den Wunsch hinzufügen, daß diese Mitarbeit sich unter denselben Bedingungen vollziehen möge, unter denen sie gegenwärtig besteht. „Was nun die Frage der ständigen Ratssitze betrifft, so kennen Sie, meine Herren, schon meinen Standpunkt, den ich während der Mai-Tagung entwickelt habe. Das Problem der ständigen Ratssitze ist der Ausgangspunkt einer inneren Krise des Völkerbundes geworden. Ich bin der Ansicht, daß dem Völkerbunde, das heißt im besonderen den Mitgliedern des Völkerbundsrats, die Aufgabe zufällt, dieses Problem zu lösen, und

ich glaube daß es mir nicht anstehen würde, gegenwärtig meine Auffassungen hierüber darzulegen, während Deutschland noch nicht Mitglied des Völkerbundes ist

und gegenwärtig selbst für einen ständigen Ratssitz kandidiert. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß es eine Pflicht der Diskretion ist, mich gegenwärtig der Stellungnahme zu enthalten und sie den Vertretern derjenigen Nationen zu überlassen, die Mitglied des Völkerbundes sind. Ich bitte Sie, meine Herren, diese meine Ansicht nicht in dem Sinne auszulegen, als ob ich irgendwie die Bedeutung dieses wichtigen Problems unterschätzte, im Gegenteil, ich bin mir der Schwere der Entscheidung, die jetzt zu fassen Sie berufen sind, voll bewußt.

*

Annahme der Kompromißformel über die nichtständigen Ratssitze.

Genf, 1. Septbr. **Nach einer Erklärung des spanischen Vertreters in der Studienkommission des Völkerbundsrates wurde der neue Entwurf zur Reform des Völkerbundsrates, der die nichtständigen Sitze betrifft, mit allen Stimmen bei Stimmenthaltung Spaniens angenommen. Ein Vorbehalt Polens wurde zur Kenntnis genommen. Die Nachmittagsitzung der Studienkommission nahm die Behandlung der Frage der ständigen Ratssitze in Angriff.**

*

Spaniens Forderung auf einen ständigen Ratssitz.

)(Genf, 1. September. Im Studienausschuß für die Zusammensetzung des Völkerbundsrats gaben heute nachmittag sämtliche anwesenden 14 Ausschußmitglieder Erklärungen zu der spanischen Forderung auf einen ständigen Ratssitz ab, in denen allgemein mit Worten lebhafter Sympathie die Verdienste Spaniens um den Völkerbund und seine Mitarbeit im Völkerbundsrat gewürdigt wurden. Trotzdem sind diese Erklärungen, abgesehen von Deutschland, das, wie Botschafter v. Hoesch begründete, im gegenwärtigen Augenblick sich seiner Stellungnahme enthalten will, und von Polen und China, die ihre eigenen Ansprüche auf einen ständigen Ratssitz in diesem Zusammenhang noch einmal für den Fall der Zuteilung eines ständigen Ratssitzes an Spanien geltend machten, teils wegen grundsätzlicher Erwägungen, die sich aus dem Völkerbundspakt ergeben, teils aus politischen Gründen dahin ausgefallen, daß es, wie **Präsident Motta am Schluß der Sitzung feststellte, nicht möglich erscheint, dem spanischen Anspruch Rechnung zu tragen.** Der Vorsitzende ließ nach Abgabe der Erklärungen über den spanischen Anspruch nicht abstimmen.

Der **spanische Delegierte Palacios**, der zu Beginn der Sitzung sich auf die Erklärung beschränkt hatte, daß seine im Mai für den spanischen Anspruch vorgebrachten Argumente auch heute unverändert weiter gelten, dankte am Schluß der Aussprache für die Würdigung, die Spanien im Ausschuß zuteil geworden sei. Die Aussprache habe, so führte er aus, zu einer ganz klaren und deutlichen Kundgebung geführt, die es seiner Regierung ermöglichen werde, entsprechend dem noch vorzulegenden Bericht die Lage und die in der heutigen Sitzung von allen Seiten zum Ausdruck gebrachten lebhaften Wünsche auf weitere Mitarbeit Spaniens zu prüfen. Er persönlich werde mit aller Loyalität seine Regierung über die im Ausschuß vorgebrachten Erwägungen und Wünsche unterrichten.

Wie dann der Vorsitzende des Ausschusses mitteilte, soll dem Völkerbundsrat mit dem Bericht über die Frage der nichtständigen Ratssitze, der morgen nachmittag 6 Uhr dem Vollausschuß vorgelegt werden soll, das Protokoll mit den heute nachmittag im Ausschuß abgegebenen Erklärungen zum spanischen Anspruch zugehen.

Präsident Motta schloß die heutige Sitzung mit der Bemerkung, daß **die Aufgabe des Ausschusses nunmehr für abgeschlossen angesehen** werden könne, und fügte die Erklärung hinzu, daß es **außer Zweifel stehe, daß Deutschland im Augenblick seines Eintritts in den Völkerbund einen ständigen Ratssitz erhalten soll.**

*

Eröffnung der Ratstagung auf 3. September verschoben.

Genf, 1. Septbr. **Heute vormittag verlautete hier, daß die ursprünglich auf den 2. Septbr. festgesetzte Eröffnung der Tagung des Völkerbundsrates auf Freitag, den 3. Septbr., verschoben werden wird. Man nimmt an, daß man hierdurch der Studienkommission die Möglichkeit zum Abschluß ihrer Arbeiten geben will. Der heutige und der morgige Tag könnten dadurch noch zu Verhandlungen der verschiedenen Delegierten dienen. Durch die Verschiebung der Ratssitzung auf Freitag wird der 2. September sitzungsfrei sein. Es werden an diesem Tage eine Reihe von privaten Besprechungen stattfinden. Sir Eric Drummond beabsichtigt, die Ratsmitglieder bei sich zu einer Aussprache im Laufe des Tages zu versammeln.**

*

Hoesch vor dem Reichskabinett.

)(Berlin. Der Lokalanzeiger meldet, daß **Botschafter von Hoesch** voraussichtlich **am Freitag abend in Berlin** eintreffen wird, um dem Reichskabinett über die Verhandlungen des Genfer Prüfungsausschusses Bericht zu erstatten.

Ein rumänisch-russischer Sicherheitspakt?

Die rumänische Zeitung „Dimineaba" bringt die überraschende Meldung, daß die **rumänische Regierung beabsichtige**, um die Ruhe an der Ostgrenze zu sichern, **der Sowjetrepublik einen Sicherheitspakt auf zehn Jahre vorzuschlagen.** Das bemerkenswerteste in diesem Vorschlag soll sein, daß die rumänische Regierung in diesem Vertrag die Unversehrtheit der gegenwärtigen Grenzen nicht verlangt. Obwohl diese Nachricht aus einer Zeitung stammt, die zur Bukarester Regierung in Opposition steht, so kann man doch nicht glauben, daß sie vollkommen aus der Luft gegriffen ist. Vielleicht gibt man dieser Zeitungsnachricht den Charakter einer unverbindlichen Anfrage Rumäniens bei Rußland. Denn sehr oft bedient sich ein Regierungsapparat bei seinen Versuchsballons gerade der Zeitungen, die von den Oppositionsparteien geführt werden. Sollte also wirklich Bukarest die Absicht haben, mit einem derartigen Vorschlag hervorzutreten, so zeigt es durch die Nichterwähnung der Grenzunversehrtheit Rußland gegenüber ein Entgegenkommen, das dort sicherlich eines gewissen Eindrucks nicht verfehlen dürfte. Denn man weiß, daß die Moskauer Sowjetregierung seit dem Fiasko der letzten Wiener Konferenz im Frühjahr 1924 sich auf dem Standpunkt festgelegt hat, Verhandlungen mit der rumänischen Regierung erst dann eröffnen zu können, wenn Bukarest auf die Vorbedingung der Unversehrtheit der heutigen rumänischen Grenzen verzichtet. Allerdings würde ein solcher 10jähriger Sicherheitspakt mit Rußland für diesen Zeitraum ungefähr die gleichen Dienste leisten, wie jene rumänische Bedingung, da außer Rußland keine andere Nation Rumäniens bessarabische Grenze bedroht. Man hat sich zu erinnern, daß ein sogenanntes Bessarabien-Protokoll besteht. In diesem Protokoll verpflichten sich alle Ententemächte, ausgenommen die italienische und die japanische Regierung für die Zugehörigkeit Bessarabiens zu Rumänien Sicherheit zu leisten. Man wird nicht fehl gehen, daß es in der Hauptsache die Schwierigkeit war, Italien zum Beitritt zu dieser Konvention zu bringen, die die rumänische Regierung williger gemacht hat, sich zu einer solchen Konzession Rußland gegenüber zu verstehen. Die Moskauer Presse hat sich bis jetzt über diesen neuesten rumänischen Fühler noch nicht geäußert. Man darf gespannt sein, zu vernehmen, wie sich die Moskauer Sowjets einem solchen Vorschlag gegenüber zu verhalten gedenken.

Die Unwetterkatastrophe in Spanien.

Zu der Unwetterkatastrophe, die **Barcelona und Umgegend** heimgesucht hat, wird gemeldet, daß über Barcelona ein **furchtbarer Wirbelsturm** niederging, der **zahlreiche Häuser niederriß.** Bisher zählt man **30 Tote und viele Verletzte.** In San Bandille ereignete sich während des Sturmes eine **Explosion**, durch die fünf Häuser zerstört wurden. **Fünf Personen** wurden dabei **getötet**, drei schwer verletzt.